

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 10. Oktober 1952.

s.C.41.760.0.- AG.

1. Impl. s.C. 41.764.0.

13. Okt. 1952 BB

Betrifft Schuman-Plan.

Herr Minister,

Nachdem die an der europäischen Montanunion beteiligten Staaten nunmehr die Verträge ratifiziert haben, ist diese in das Stadium der Verwirklichung getreten. Es scheint für den Augenblick auf Grund der Informationen, über die wir verfügen, dass die Montanunion nicht die Absicht hat, sehr schnell vorzugehen, sondern versucht wird, die heute bestehenden Verhältnisse langsam denjenigen anzupassen, die gemäss den Verträgen künftighin die Beziehungen zwischen den sechs Staaten charakterisieren wird. So rechnen wir nicht damit, dass die Aufhebung der Zölle innerhalb der Länder der Montanunion, die Kontingentierung der Einfuhr oder der Ausfuhr der Produkte, die Gegenstand der Union bilden, die Aufrechterhaltung der Preise für Import, Export und für den Inlandsverbrauch, sowie die Festsetzung von Präferenztarifen für die Transporte innerhalb der Gemeinschaft bereits in den nächsten Monaten verwirklicht werden. Vielmehr sind unsere Informatoren darüber einig, dass noch geraume Zeit verstreichen wird, bis die gemeinsam festgesetzten Pläne realisiert werden können.

Wie dem auch sei, stellt sich für alle Länder ausserhalb der Montanunion die Frage, ob, wann und in welcher Form sie ihre Beziehungen zur neuen Gemeinschaft ordnen wollen. Dabei ist zunächst der freiwillige Beitritt zur Montanunion denkbar. Soviel wir orientiert sind, fasst kein anderes europäisches Land diese Lösung ins Auge, weil sie die Aufgabe von Souveränitätsrechten bedeutet, zu der man nicht bereit ist. Zweitens ist es möglich, durch Bestellung einer Delegation am Sitze der hohen Behörde die Beziehungen sozusagen auf diplomatischem Wege zu regeln, die Tätigkeit des zentralen Organes zu überwachen und verschiedene Gefahren, die eventuell den einzelnen Ländern von Seiten der Montanunion drohen könnten, im Anfangsstadium aufzufangen. Dieses Problem war besonders aktuell für England und ist es gegenwärtig für Schweden, weil dieses Land nicht nur am Import von Kohle, sondern am Export von Stahl, Stahlerzeugnissen und Eisenerz interessiert ist. Sie wissen, dass England bereits seine Delegation bestellt hat, und es ist wahrscheinlich, dass auch Schweden eine analoge Lösung suchen wird. Schliesslich ist es möglich, zuzuwarten, bis die Initiative von der Montanunion kommt. Das ist die Lösung, die uns für die Schweiz vorschwebt.

An die
Schweizerische Gesandtschaft,

13. Okt. 1952 BB
 Washington ✓
 London ✓
 Paris ✓
 Rom ✓
 Köln ✓
 Brüssel ✓

Den Haag ✓
 Stockholm ✓
 Oslo ✓
 Kopenhagen ✓
 Lissabon ✓
 Athen ✓
 Ankara ✓
 Wien ✓
 Dublin ✓

Kopie an
 Herrn Bundes-
 rat Petitpierre

Dodis



- 2 -

Unsere Lage ist insofern von jener Englands oder Schwedens verschieden, als wir den ganzen Kohlenbedarf importieren. Auch Stahl- und Stahlerzeugnisse führen wir ein mit Ausnahme einiger weniger Artikel, die die Firmen v. Roll und von Moos in der Schweiz herstellen. Einen Spezialfall stellt die Schweiz insbesondere in bezug auf Zollpräferenzen dar, weil unser Land keiner internationalen Organisation angehört, welche in der Lage wäre, die Länder der Montanunion von ihrer Verpflichtung, der Schweiz die Meistbegünstigung zu gewähren, zu befreien. Soll das Zollpräferenz-Regime in diesen Ländern eingeführt werden, so müsste sich die Hohe Autorität an die Schweiz wenden mit dem Ersuchen, wir mögen auf das uns zustehende Meistbegünstigungsrecht verzichten. Andere Länder ausserhalb der Montanunion riskieren im Rahmen der GATT in Genf durch einen Mehrheitsbeschluss dieses Anspruches beraubt zu werden. Da die Schweiz nicht Mitglied der GATT ist, sind wir dieser Gefahr nicht ausgesetzt. In der OECE wäre eine solche Ueberrumpelung nicht möglich, da jedes der Länder dort das Vetorecht besitzt. Im Rahmen der OECE müsste die Hohe Autorität mit uns verhandeln. Es steht uns somit zusätzlich noch der Weg über die OECE offen, und für den Augenblick zumindest geben wir diesem den Vorzug. Die Hohe Behörde hat bereits die Verbindung mit der OECE aufgenommen und ist offenbar bereit, mit den dort zusammengeschlossenen Ländern einen modus vivendi zu suchen. Wir können deshalb mit Ruhe und ohne jegliche Nervosität zuwarten, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden.

Das heikelste Problem für die Schweiz ist das Transportproblem. Wie Sie wissen, laufen über den Gotthard und den Simplon bedeutende Mengen Kohle von Nord nach Süd. Entwickelt sich im Rahmen der Montanunion ein Präferenzsystem für Transporte innerhalb derselben, so würde dies die Umfahrung der Schweiz bedeuten. Sollte die Hohe Autorität je an uns gelangen, direkt oder über die OECE, so werden wir das Transportproblem selbstverständlich aufrollen müssen in dem Sinne, dass wir eine Lösung anstreben werden, die uns weiterhin die angestammten Nord-Südtransporte gewährleistet. Inwiefern dabei noch andere Fragen unsererseits zur Sprache gebracht werden, bedarf noch einer internen Abklärung. Wir werden Sie über die Weiterentwicklung jedenfalls noch regelmässig auf dem laufenden halten.

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf eine Schwäche einer energischen Verteidigung der Stellung der Schweiz im Rahmen der OECE aufmerksam machen. Art. 8 des "Code de libération" enthält eine Klausel, wonach im Rahmen regionaler Unionen die zusammengeschlossenen Staaten sich gegenseitig Vorteile einräumen können, ohne diese den ausserhalb der Union stehenden Staaten ebenfalls gewähren zu müssen. Diese Klausel wurde seinerzeit aufgenommen aus Rücksicht auf die BENELUX und die Zollunion Schweiz/Liechtenstein. Es besteht heute die Gefahr, dass die Montanunion von diesem Artikel Gebrauch macht und dieselbe Ausnahme von der Regel der Nichtdiskriminierung verlangt. Allgemein gesprochen ist nicht anzunehmen, dass die Montanunion nun unbedingt gegen die übrigen europäischen Staaten spielen wird oder spielen muss. Sie ist offenbar ein vorwiegend politisches Gebilde zur Ueberbrückung gewisser deutsch-französischer Gegensätze und mit dem Endziele der europäischen Integration. Es wäre falsche Po-

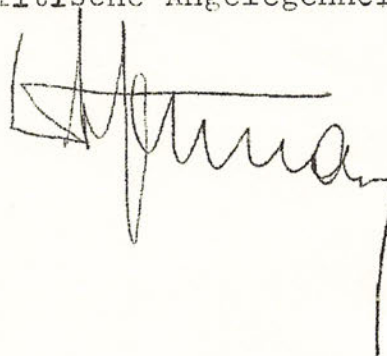
- 3 -

litik, wenn diese Union von Anfang an ihre Spitze gegen die andern Staaten richten würde; wahrscheinlich müsste sie an einer solchen Politik selber scheitern. Immerhin ist und bleibt diese Gefahr latent vorhanden, hauptsächlich dann, wenn Kohle und Stahl aus irgendeinem Grunde (zum Beispiel verstärkte Aufrüstung) knapp werden sollten.

Die vorstehenden Ausführungen haben lediglich zum Zwecke, Sie persönlich über unsere Überlegungen zu dokumentieren, damit Sie bei gelegentlichen Anfragen wissen, in welchem Sinne eine unverbindliche Antwort zu erteilen ist.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. Meyer', written over a horizontal line. The signature is stylized and somewhat cursive.